

Antragsarchiv des Juso- Stadtverbandes Marl (Ab 05/2016)



***„Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie
zu gestalten“ (Willy Brandt)***

***Block A: Parteitag ISEK 2025+ der
SPD Marl vom 02. Mai 2016***

Antrag: Sozialraumorientierte Arbeit ausbauen		
AntragstellerIn: Jusos Marl		
Angenommen ☐	Abgelehnt ☐	Überwiesen an

1 Sozialraumorientierte Arbeit ausbauen

2 Der SPD-Stadtverbandsparteitag Marl vom 02.05.2016 möge beschließen:

3 **„Sozialraumorientierte Arbeit ausbauen“**

4 Wir fordern die Schaffung weiterer Stadtteilbüros in Marl, um in jedem Stadtteil sozialraum-
5 orientierte Arbeit anbieten zu können. Das Nachbarschaftszentrum Hüls Süd, das Ernst-
6 Reuter-Haus in Hamm, aber auch der Bürgertreff Stadtkern-Ost in der Planetensiedlung
7 können dabei als Orientierungshilfe dienen.

8

9 **Begründung erfolgt mündlich.**

10

11 Marl, den 14. April 2016

12

13 *Frederik Müller*

Michelle Eileen Doctor

Jan-Stefan Heinemann

14 *Vorsitzender*

Stellv. Vorsitzende

Stellv. Vorsitzender

Antrag: Mehr Kinder- und Jugendarbeit für Marl		
AntragstellerIn: Jusos Marl		
Angenommen ☐	Abgelehnt ☐	Überwiesen an

Mehr Kinder- und Jugendarbeit für Marl

Der SPD-Stadtverbandsparteitag Marl vom 02.05.2016 möge beschließen:

„Mehr Kinder- und Jugendarbeit für Marl“

Wir fordern einen Ausbau der Kinder- und Jugendarbeit in Marl, um möglichst vielen Kindern und Jugendlichen Treffpunkte, Unterstützungsangebote und Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung über das Stadtgebiet verteilt zu bieten.

Folgende Punkte sind uns besonders wichtig:

- *Wir unterstützen die berechtigte Forderung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses ein zweites MAKI Mobil anzuschaffen.*
- *Die Stadt Marl benötigt mehr Streetworker*innen-Stellen.*
- *Ein Ausbau der Street-Workout-Plätze im Stadtgebiet ist wichtig.*
- *Das Angebot für Kinder- und Jugendberatungen muss erweitert werden und breiter darüber informiert werden.*
- *Der Erhalt der Jugendzentren, wie bspw. des HOT Hülsberg, muss gesichert sein.*
- *Das Angebot der Kinderstadtpläne muss konsequent ausgebaut und beworben, sowie die Pläne auf einem aktuellen Stand gehalten werden.*
- *Die Durchführung einer Jugendbefragung zur weiteren Bedarfsermittlung muss erfolgen.*

Daraus folgend muss das Kinder- und Jugendbudget der Stadt Marl gestärkt werden. Schließlich ist es für die zukünftige Entwicklung unserer Stadt notwendig, attraktiv für junge Familien mit Kindern zu sein. Dabei ist es selbstverständlich erforderlich bestehende Angebote für die Marler Kinder und Jugendlichen auch in Zukunft zu sichern und weiter zu entwickeln.

Begründung erfolgt mündlich.

Marl, den 14. April 2016

Frederik Müller

Vorsitzender

Michelle Eileen Doctor

Stellv. Vorsitzende

Jan-Stefan Heinemann

Stellv. Vorsitzender

Antrag: Effizientes Stadtmarketing für Marl		
AntragstellerIn: Jusos Marl		
Angenommen ☐	Abgelehnt ☐	Überwiesen an

Effizientes Stadtmarketing für Marl

Der SPD-Stadtverbandsparteitag Marl vom 02.05.2016 möge beschließen:

„Effizientes Stadtmarketing für Marl“

Wir fordern einen besseren Informationsfluss zwischen Stadt und Bürger*innen durch eine flächendeckende Verteilung des Stadtkalenders, der wichtige Veranstaltungen und Termine enthält. Zusätzlich sollte dieser online, auf der Homepage der Stadt Marl, verfügbar sein.

Wir halten es für notwendig den Internetauftritt der Stadt Marl zu überarbeiten und übersichtlicher zu gestalten, damit die Bürger*innen sich leichter über die Angebote der Stadt informieren können. Daneben sollte die Präsenz der Stadt in den sozialen Medien ausgebaut werden.

Ebenfalls sinnvoll wäre die regelmäßige Durchführung eines Tages der offenen Tür im Rathaus, um den Bürger*innen die Möglichkeit zu geben, Ansprechpartner*innen und Angebote der Stadt im persönlichen Kontakt kennenzulernen. Dies wäre auch in Zusammenhang mit der Entwicklung zum „sozialen Rathaus“ relevant.

Außerdem ist die Entwicklung einer Stadt-App im heutigen Zeitalter längst überfällig. Die bereits bestehende ZBH-App könnte ggf. in die Stadt-App integriert werden. Eine solche App würde den mobilen Zugang zu Angeboten, Aktionen etc. ermöglichen und wäre insbesondere für jüngere Menschen interessant.

Ferner sollten Möglichkeiten einer Ausweitung der Kooperation mit der Vestischen geprüft werden. Im Rahmen dieser könnten z.B. Stadtkalender-Plakate an Bushaltestellen installiert werden, was die öffentliche Sichtbarkeit stärkt.

Darüber hinaus halten wir es für wichtig den Bereich Kultur als Aushängeschild der Stadt in der Öffentlichkeitsarbeit stärker in den Fokus zu rücken und kulturelle Angebote verschiedener Akteure zu vernetzen. Die Veranstaltung einer „Kulturwoche“ würde diesen Sektor weiter stärken.

Begründung erfolgt mündlich.

Marl, den 14. April 2016

Frederik Müller

Vorsitzender

Michelle Eileen Doctor

Stellv. Vorsitzende

Jan-Stefan Heinemann

Stellv. Vorsitzender

***Block B: Parteitag Gerechtigkeit
der SPD Marl vom 13. September
2016***

Antrag: #NeueGerechtigkeit – Für eine solidarische und gerechte Gesellschaft		
AntragstellerIn: Jusos Marl		
Angenommen ☐	Abgelehnt ☐	Überwiesen an

#NeueGerechtigkeit – Für eine solidarische und gerechte Gesellschaft

Der Stadtverbandsparteitag der SPD Marl vom 13.09.2016 möge beschließen:

„#NeueGerechtigkeit – Für eine solidarische und gerechte Gesellschaft“

Gerechtigkeit und Solidarität sind für den gesellschaftlichen Zusammenhalt essentiell. Gerade in Zeiten wachsender sozialer Ungleichheit, einer größer werdenden Schere zwischen Arm und Reich, steigender Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien und populistischem Gegeneinander-Ausspielen von Bevölkerungsgruppen, stellt die Aufrechterhaltung eben dieses Zusammenhalts eine wachsende Herausforderung dar. Genau aus diesem Grund halten wir eine neue Initiative für eine gerechte und solidarische Gesellschaft für notwendig.

Folgende Punkte sind uns in diesem Zusammenhang besonders wichtig:

- *Die Rückkehr zu einem paritätisch finanzierten Sozialversicherungssystem, welches Altersarmut vermeidet und ein auskömmliches Leben im Alter für Alle ermöglicht.*
- *Die Schaffung einer einheitlichen Bürgerversicherung, die qualitativ hochwertige und zeitnahe medizinische Versorgung unabhängig vom Geldbeutel der Versicherten gewährleistet.*
- *Die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12€ und verstärkte Kontrollen über dessen Einhaltung, um Lohndumping entgegenzuwirken. Ausnahmen vom Mindestlohn in beruflichen Tätigkeiten sind abzuschaffen.*
- *Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer um wichtige Investitionen in die Zukunft zu tätigen und Wohlhabende angemessen an der Finanzierung dieser Investitionen zu beteiligen.*

Wer, wenn nicht die SPD sollte sich den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen stellen und ihr Hashtag #NeueGerechtigkeit, als Slogan und als Versprechen, nutzen, um unsere Gesellschaft solidarischer und gerechter zu gestalten.

Begründung erfolgt mündlich.

Marl, den 20. August 2016

Frederik Müller

Vorsitzender

Michelle Eileen Doctor

Stellv. Vorsitzende

Jan-Stefan Heinemann

Stellv. Vorsitzender

Antrag: Armutsrisiken von Kindern und Alleinerziehenden wirksam bekämpfen, Alleinerziehende stärken

AntragstellerIn: Jusos Marl

Angenommen ☐

Abgelehnt ☐

Überwiesen an

Armutsrisiken von Kindern und Alleinerziehenden wirksam bekämpfen, Alleinerziehende stärken

Der Stadtverbandsparteitag der SPD Marl vom 13.09.2016 möge beschließen:

Armutsrisiken von Kindern und Alleinerziehenden wirksam bekämpfen, Alleinerziehende stärken

2014 lebten knapp 2,3 Mio. Kinder mit ihrem alleinerziehenden Elternteil. In den meisten Fällen (89%) waren dies alleinerziehende Mütter. Die Hälfte der alleinerziehenden Eltern lebt mit ihren Kindern in Armut, obwohl alleinerziehende Mütter in der Regel wesentlich länger arbeiten als Mütter in Paarbeziehungen. Daneben sind Alleinerziehende nach aktuellen Erkenntnissen von großen sozioökonomischen Risikolagen betroffen, was sich v.a. auf Bildungs- und Teilhabechancen sowie den Ausschluss von Erwerbsarbeit bezieht. Insgesamt sind Alleinerziehende mit ihren Kindern im Vergleich zu Paarfamilien besonders von sozialen Benachteiligungen betroffen.

NRW weist im Vergleich zu anderen Bundesländern überdurchschnittliche Armutsquoten von Kindern auf. In manchen Regionen des Ruhrgebiets wächst jedes 4. Kind in Armut auf. Das Ziel, Armut von Kindern zu bekämpfen, kann nur durch eine Umverteilung von Ressourcen und eine gerechtere Steuerpolitik auf der Bundesebene erreicht werden.

Es ist dringend notwendig, diesen Benachteiligungen entgegenzuwirken und Alleinerziehende zu unterstützen. Folgende Punkte tragen aus unserer Sicht den Lebenssituationen Alleinerziehender im besonderen Maße Rechnung und stellen eine erhebliche Entlastung für Alleinerziehende dar:

- *Der Ausbau der Kinderbetreuungsangebote auch in Randzeiten sowie an Wochenenden und in den Ferien, um die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Berufstätigkeit zu verbessern.*
- *Der Ausbau von Angeboten (in Teilzeit) und die breitere Streuung von Informationen über Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote für Alleinerziehende, um die (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.*
- *Der bedarfsgerechte Ausbau folgender Leistungen: Bildungs- und Teilhabeleistungen, Unterhaltsvorschuss, niedrigschwellige, frühe und sozialräumliche Hilfen der Jugendförderung/Jugendhilfe, Beistandschaft.*
- *Die Zusammenfassung verschiedener Transferleistungen (Bspw. Kindergeld, Wohngeld, Unterhaltsvorschuss, Bildungs- und Teilhabeleistungen) über die Vergabe der Zuständigkeit an eine zentrale Einrichtung, um die Antragstellung etc. zu vereinfachen.*
- *Die Abkehr von ehezentrierten, familienpolitischen Leistungen wie Ehegattensplitting hin zur Entlastung aller Familienformen um den heutigen Lebensrealitäten gerecht zu werden.*
- *Die finanzielle Stärkung alleinerziehender über eine Reform des Unterhaltsrechts. Der zu geringe staatlichen Unterhaltsvorschuss muss durch eine Anhebung von steuerlichen Freibeträgen ergänzt werden. Symbolpolitik, wie der Entzug des Führerscheins bei säumigen Zahlern, helfen den Betroffenen in keiner Weise.*
- *Eine Reform des Umgangsrechts, um dem gesteigerten Bedürfnis nach Umgang von Kindern mit getrenntlebenden Eltern Rechnung zu tragen.*

Antrag: Armutsrisiken von Kindern und Alleinerziehenden wirksam bekämpfen, Alleinerziehende stärken
--

AntragstellerIn: Jusos Marl

Angenommen ☐	Abgelehnt ☐	Überwiesen an
-------------------------------------	------------------------------------	---------------

43 **Begründung erfolgt mündlich.**

44

45 Marl, den 20. August 2016

46

47 *Frederik Müller*

Michelle Eileen Doctor

Jan-Stefan Heinemann

48 *Vorsitzender*

Stellv. Vorsitzende

Stellv. Vorsitzender

Antrag Bildungsgerechtigkeit schaffen - Faire Bildungschancen für Alle		
AntragstellerIn: Jusos Marl		
Angenommen ☐	Abgelehnt: ☐	Überwiesen an

1 Bildungsgerechtigkeit schaffen - Faire Bildungschancen für Alle

2 Der Stadtverbandsparteitag der SPD Marl vom 13.09.2016 möge beschließen:

3 **„Bildungsgerechtigkeit schaffen - Faire Bildungschancen für Alle“**

4 Gute Bildung für Alle ist in unserer Gesellschaft enorm wichtig, denn Bildung ist der Schlüssel zu
5 sozialem Aufstieg und einem erfolgreichen Leben.

6 Wir müssen daher ein Schulsystem schaffen, in dem jeder unabhängig seines Geschlechts, seiner
7 Herkunft oder seines sozialen Status die Chance hat, das zu werden was er möchte. Es darf im Jahr
8 2016 nicht mehr sein, dass die allermeisten Studierenden aus Akademikerfamilien stammen und nur
9 wenige Nicht-Akademiker-Kinder eine Chance auf ein Studium haben. Trotz richtiger und wichtiger
10 Maßnahmen der Landesregierung, wie etwa „*Kein Kind zurücklassen*“, stehen die Türen zu
11 weiterführender Bildung immer noch zu sehr nur Kindern aus sozial starken Familien offen.

12 Um mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen und jedem Kind die Chance auf gute Bildung zu geben
13 fordern wir:

- 14 • Die Abschaffung der Abschlusungspraxis nach Klasse 7 (bzw. die Sanktionierung von Schulen,
15 die weiterhin Abschulen). Ein Wandel des Schulsystems und die Stärkung der Gesamtschule
16 sind hierbei wichtige Elemente, die zu mehr Bildungsgerechtigkeit und besserer individueller
17 Förderung beitragen können.
- 18 • Die Verwirklichung der Lehrmittelfreiheit auch an Grund- und weiterführenden Schulen,
19 analog zur Forderung der Gewerkschaften zur Reform des BBiG, oder alternativ die
20 Anhebung der Fördersätze nach dem Bildungs- und Teilhabe-Gesetz.
- 21 • Jegliche Förderung von Studierenden (Bspw. Stipendien, BAFöG) darf nicht länger auf
22 Sozialleistungsbezüge der Eltern bzw. der Bedarfsgemeinschaften angerechnet werden.
- 23 • Als Element zur Schaffung von Bildungsgerechtigkeit muss die Schulsozialarbeit in ihrer
24 jetzigen Form weiter finanziert werden. Die Zuständigkeit hierzu sehen wir beim Land.

25 Diesen Maßnahmen können dazu beitragen ein wirklich gerechtes Bildungssystem zu schaffen,
26 welches Allen die Chance auf gute Bildung- und Ausbildung bietet, denn Investitionen in Bildung sind
27 Investitionen in unsere Zukunft.

28

29 **Begründung erfolgt mündlich.**

30

31 Marl den 20. August 2016

32 *Frederik Müller*

Michelle Doctor

Jan-Stefan Heinemann

***Block C: Parteitag zur Aufstellung
des Bundestagswahlprogramms der
SPD Marl vom 02. April 2017***

Antrag: Für eine moderne und gerechte Berufsausbildung - Berufsbildungsgesetz reformieren		
AntragstellerIn: Jusos Marl		
Angenommen ☐	Abgelehnt ☐	Überwiesen an

Der SPD-Stadtverbandsparteitag Marl vom 02.04.2017 möge beschließen:

„Für eine moderne und gerechte Berufsausbildung - Berufsbildungsgesetz reformieren“

Die Schaffung eines gerechten und qualitativ hochwertigen Bildungssystems ist zurecht eine der zentralen Forderungen der SPD. Eine gute Schulausbildung und umfassende Förderung ist die Grundlage für Selbstbestimmung, ein gutes Leben und gesellschaftliche Teilhabe. Mit den Initiativen „Kein Kind zurücklassen“, „Gute Schule 2020“ und „Kein Abschluss ohne Anschluss“ wurden hier in der Vergangenheit schon gute Fortschritte gemacht.

Allerdings betrifft ein gutes Bildungssystem nicht nur die Grund- und weiterführenden Schulen sowie das Studium. Auch die Berufsausbildung muss als Teils eines fairen und hochwertigen Bildungssystems hohen Standards folgen, um junge Menschen beim Start ins Berufsleben zu unterstützen, ihnen optimale Bedingungen zu bieten und sie vor Überbelastungen zu schützen.

Analog zur DGB und der DGB-Jugend setzen wir uns daher für eine grundlegende Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) ein. Mehr als 11 Jahre nach der letzten großen Novellierung bedarf es dringend weiterer Reformen. Wir fordern:

- *Die Ausweitung des Geltungsbereichs des BBiG auf alle Ausbildungsberufe und dualen Studiengänge, um einheitliche Standards in allen Branchen zu schaffen und Auszubildende in allen Berufen gleich zu behandeln.*
- *Die Pflicht jedes ausbildenden Betriebs rechtsverbindliche Ausbildungspläne vorzuhalten. Daneben sollen alle Auszubildenden ausführliche Ausbildungsnachweise führen, für deren Erstellung ihnen vom ausbildenden Betrieb ausreichend Zeit einzuräumen ist.*
- *Das Verbot bzw. die Einschränkung von Überstunden und Wochenendarbeit in nicht-typischen. Im dualen Ausbildungssystem darf die Belastung der Auszubildenden nicht noch durch unnötige Mehrarbeit erhöht werden. In Berufen, wo Wochenendarbeit zum regulären Dienst zählt (Bsp. Pflegeberufe, Rettungsdienst etc.), soll der Freizeitausgleich ausgebaut werden.*
- *Die Abschaffung der Rückkehrpflicht, sodass Auszubildende im Anschluss an die Berufsschule nicht noch in den Betrieb zurückkehren müssen. Alternativ könnte der Blockunterricht als bereits genutztes Modell zur Trennung von Theorie- und Praxisphasen genutzt werden.*
- *Die Einführung umfassender und frühzeitiger Informationspflichten des Arbeitgebers, um Auszubildenden im Falle einer Nicht-Übernahme mehr zeitlichen Spielraum für die Suche nach Alternativen zu bieten.*
- *Die Verwirklichung der Lehr- und Lernmittelfreiheit auch im Rahmen der Berufsausbildung, um kostenfreies Bildung von der KiTa bis zum Berufsabschluss zu ermöglichen.*
- *Die Anrechnung von berufspraktischen Tätigkeiten auf ein im Anschluss begonnenes Studium.*

Antrag: Für eine moderne und gerechte Berufsausbildung - Berufsbildungsgesetz reformieren

AntragstellerIn: Jusos Marl

Angenommen ☐

Abgelehnt ☐

Überwiesen an

Hiermit würde ein großer Schritt in Richtung einer besseren und gerechteren Ausbildung getan, der dem Anspruch, gute Bildung von der KiTa bis zum Berufsabschluss zu gewährleisten, gerecht wird.

Begründung erfolgt mündlich.

Marl, den 21. März 2017

Frederik Müller

Michelle Eileen Doctor

Jan-Stefan Heineman

Vorsitzender

Stellv. Vorsitzende

Stellv. Vorsitzender

Antrag: (Aus-)Bildungsgerechtigkeit schaffen		
AntragstellerIn: Jusos Marl		
Angenommen ☐	Abgelehnt ☐	Überwiesen an

Der SPD-Stadtverbandsparteitag Marl vom 02.04.2017 möge beschließen:

„(Aus-)Bildungsgerechtigkeit schaffen“

Wir leben in einer Gesellschaft in der Bildung den Grundstein für's Leben setzt. Daher ist es unverantwortlich, wenn einige Familien sich diese Bildung nicht einmal mehr leisten können. Der Leistungs- und Bildungsdruck bei den jungen Menschen steigt und ihre Zukunft hängt häufig von dem Verdienst und sozialen Status der Eltern ab.

„Schule darf nichts kosten“, ist ein häufig vermitteltes Stichwort. Es ist jedoch immer noch vollkommen fern von dem tatsächlichen Schulalltag. Pflichtlektüren, -arbeitsbücher, Abiturvorbereitungsmaterialien, Taschenrechner belasten die SchülerInnen und ihre Familien zusätzlich.

Und wenn heute dann auch noch für eine durchschnittliche Ausbildung bereits ein Führerschein, gar ein eigener PKW verlangt wird, ist dies nicht akzeptabel. Ebenso werden zunehmend viele Zusatzqualifikationen gewünscht. Egal ob Sprach- oder IT-Zertifikate, diese werden in den Schulen meist für viel Geld angeboten und als hilfreich für eine erfolgreiche Zukunft beworben.

Ebenso werden zusätzliche Bildungsangebote, wie z.B. Bewerbungstrainings, von den Schulen angeboten, diese jedoch auch wieder zu einem nicht geringen Entgelt. Viele Familien können sich diese Dinge überhaupt nicht leisten. Es wird in den Schulen das Gefühl vermittelt: „Schulische Bildung reicht heute bei weitem nicht mehr aus“. So beginnt für viele SchülerInnen das „Sammeln von Qualifikationen“, was für viele Familien finanziell gar nicht machbar ist. Das demotiviert, schafft Unmut zwischen den „höher Verdienenden“ und denen die „schlechter Verdienen“ und sorgt für noch stärkeren Leistungsdruck.

Daher sollten wir dafür sorgen, dass Familien nicht täglich für die Bildung ihrer Kinder zahlen müssen. Außerdem, dass die schulischen oder charakterlichen Stärken wieder in den Vordergrund der Voraussetzungen einer Ausbildung rücken und nicht nur die teuren Zertifikate.

Begründung erfolgt mündlich.

Marl, den 21. März 2017

Frederik Müller

Michelle Eileen Doctor

Jan-Stefan Heinemann

Vorsitzender

Stellv. Vorsitzende

Stellv. Vorsitzender

Antrag: Für „echte“ Chancengleichheit im Studium“ – Anrechnung von BAföG auf Sozialhilfebezüge der Eltern abschaffen

Antragsteller: Jusos Marl

Angenommen ☐

Abgelehnt ☐

Überwiesen an

Der SPD-Stadtverbandsparteitag vom 02.04.2017 möge beschließen:

„Für „echte“ Chancengleichheit im Studium – Anrechnung von BAföG auf Sozialhilfebezüge der Eltern abschaffen“

Wenn Studierende die BAföG erhalten und noch bei ihren Eltern leben, diese allerdings staatliche Unterstützungsleistungen (Sozialhilfe, AGII...) beziehen, wird das BAföG bis zu 80% auf diese Unterstützungsmaßnahmen angerechnet. Wie aber, sollen Studierende, die aufgrund der finanziellen Situation ihrer Familien ein Recht auf BAföG haben um überhaupt ein Studium aufnehmen stemmen zu können, bis zu 80% ihres Betrages nun wieder an die Eltern abgeben? Wie soll ein sorgenfreies Studium dann noch möglich sein?

Die bestehenden Regelungen zur Anrechnung von BAföG auf die Sozialhilfebezüge der Eltern unterstreichen, dass es in unserem Bildungssystem nicht gerecht zu geht. Echte Chancengleichheit wird hierdurch verhindert und der Weg ins Studium für junge Menschen aus sozial schwächeren Familien unnötig erschwert. Wir finden, das geht gar nicht!

Aus diesem Grund fordern wir:

- *Das elternunabhängige BAföG, um auch Studierenden aus sozial schwächeren Familien eine echte Chance auf ein Studium zu geben.*

Bildungsbarrieren, mangelnde Durchlässigkeit und ein Studium abhängig vom Geldbeutel der Eltern sind ein großes Hindernis auf dem Weg zu einem wirklich gerechten Bildungssystem. Lasst uns gemeinsam einen Schritt hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit machen und die unfaireren BAföG-Regelungen abschaffen!

Begründung erfolgt mündlich.

Marl, den 21. März 2017

Frederik Müller

Michelle Eileen Doctor

Jan-Stefan Heinemann

Vorsitzender

Stellv. Vorsitzende

Stellv. Vorsitzender

Antrag zum Stadtverbandsparteitag der SPD Marl am 02.04.2017

Antragsteller: Jusos Marl und ASF Marl

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Schluss mit Kompromissen: Sexistische Werbung endlich gesetzlich verbieten

Antrag:

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, das Vorhaben, die Erweiterung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) zum Verbot von sexistischer Werbung in das Bundestagswahlprogramm und später den Koalitionsvertrag aufzunehmen. Außerdem fordern wir, das Gesetz gegen sexistische Werbung unabhängig von dem derzeit praktizierten Programm der Bundesministerien und dem Werberat, das auf zwei Jahre angelegt ist, umzusetzen.

Wir beantragen das UWG wie folgt zu fassen:

„§ 7a UWG Diskriminierende Werbung

(1) Eine geschäftliche Handlung, durch die Marktteilnehmende in diskriminierender Weise angesprochen werden, ist unzulässig, wenn nicht verfassungsrechtlich geschützte Interessen ausnahmsweise überwiegen. Die Diskriminierung kann sich aus der Aussage einer Werbung, ihrem Gesamteindruck oder der Gesamtheit der einzelnen Teile einer Werbekampagne ergeben.

(2) Werbung ist geschlechtsdiskriminierend, wenn sie Geschlechtsrollenstereotype in Form von Bildern oder Texten wiedergibt oder sich in sonstiger Weise ein geschlechtsbezogenes Über-/Unterordnungsverhältnis zwischen den Personen in der Werbung oder im Verhältnis zu den von der Werbung adressierten Personen ergibt. Werbung ist insbesondere geschlechtsdiskriminierend, wenn sie

- 1. Menschen aufgrund ihres Geschlechts Eigenschaften, Fähigkeiten und soziale Rollen in Familie und Beruf zuordnet oder*
- 2. Sexuelle Anziehung als ausschließlichen Wert von Frauen oder Männern darstellt oder*
- 3. Frauen und Männer auf einen Gegenstand zum sexuellen Gebrauch reduziert, insbesondere indem weibliche und männliche Körper oder Körperteile ohne Produktbezug als Blickfang eingesetzt werden oder der Eindruck vermittelt wird, die abgebildete Frau/der abgebildete Mann seien wie das Produkt käuflich.*

Begründung:

In den letzten zwei Jahren hat sich die SPD Bundestagsfraktion auf Initiative verschiedener Landesverbände (Berlin und Brandenburg) bereits umfangreich mit den Möglichkeiten, Regularien für das Verbot sexistischer Werbung umzusetzen, befasst. Auf dem kleinen Bundesparteitag im

Juni 2016 gab es breite Zustimmung zu diesem Vorhaben.

In einer Fachveranstaltung der Friedrich Ebert Stiftung im September 2016 ruderten das Bundesfrauenministerium und das Bundesjustizministerium zurück und äußerten Bedenken gegen die Erweiterung des UWG. Ein Mentoringprogramm mit dem Deutschen Werberat solle zunächst zwei Jahre lang prüfen, wie die Kontrollfunktion des Deutschen Werberats mit Blick auf sexistische Werbung verschärft werden kann.

Wir finden: Es ist jetzt Zeit für eine Gesetzesverschärfung. Es ist bereits jetzt absehbar, dass eine Veränderung der Praxis gesetzlicher Regularien bedarf. Andere Länder, wie Norwegen, praktizieren dies bereits seit 2003 und machen deutlich, dass dies ein wichtiger Schritt zu mehr Gleichstellung zwischen Frauen* und Männern* und gegen Geschlechterstereotype war. Norwegen liegt im internationalen Vergleich 11 Plätze vor Deutschland (siehe "Global Gender Gap Report"¹ von 2013).

Marl, den 21. März 2017

Frederik Müller

Vorsitzender Jusos Marl

Bettina Hartmann

Vorsitzende AsF Marl

Maresa Kallmeier

Michelle Eileen Doctor

Stellv. Vorsitzende Jusos Marl

Jan-Stefan Heinemann

Stellv. Vorsitzender Jusos Marl

¹ http://www3.weforum.org/docs/WEF_GenderGap_Report_2013.pdf

***Block D: Parteitag zur Mobilität der
SPD Marl vom 01. Juli 2017***

Antrag: Für einen besseren Schutz schwacher Verkehrsteilnehmer*innen - Tempo 30 in sensiblen Bereichen konsequent durchsetzen

Antragsteller: Jusos Marl

Angenommen ☐

Abgelehnt ☐

Überwiesen an

Der SPD-Stadtverbandsparteitag vom 01.07.2017 möge beschließen:

„Für einen besseren Schutz schwacher Verkehrsteilnehmer*innen - Tempo 30 in sensiblen Bereichen konsequent durchsetzen“

Durch die letztjährige Anpassung der Straßenverkehrsordnung wurde den Kommunen die Möglichkeit geschaffen auch an Hauptverkehrsstraßen, sofern diese in sensiblen Bereichen liegen - etwa an Schulen, Krankenhäusern, Alten- oder Pflegeheimen - streckenbezogen Tempo 30 einzurichten.

Ziel dieser Gesetzesnovelle war es, dem Schutz schwächerer Verkehrsteilnehmer*innen auch in der Verkehrsplanung ein höheres Gewicht zu verschaffen und die Sicherheit im Straßenverkehr zu verbessern. Insbesondere die SPD Marl hat sich schon frühzeitig - und das völlig zu Recht - dafür eingesetzt, dass diese Regelungen auch bei uns umgesetzt und sensible Orte mit Tempo 30 versehen werden. Allerdings muss die Umsetzung der neuen rechtlichen Möglichkeiten aus unserer Sicht einheitlich im Stadtgebiet erfolgen.

Aus diesem Grund fordern wir:

- *Den gewonnenen rechtlichen Spielraum für die Errichtung von Tempo 30 in sensiblen Bereichen auch in Marl konsequent zu nutzen und an allen in Frage kommenden Standorten Tempo 30 festzulegen. Reine Einzelmaßnahmen und einen „Flickenteppich“ lehnen wir ab.*
- *Von einer zeitlichen Beschränkung der Geschwindigkeitsbeschränkungen - etwa an Schulen - abzusehen, denn auch am Wochenende und außerhalb der Schulzeiten sind Kinder an den Schulen unterwegs und damit weiterhin gefährdet.*

Hiermit kann unserer Meinung nach die Verkehrssicherheit in Marl - insbesondere im Hinblick auf schwächere Verkehrsteilnehmer*innen - erhöht werden.

Begründung erfolgt mündlich.

Marl, den 09. Juni 2017

Frederik Müller

Michelle Eileen Doctor

Jan-Stefan Heinemann

Vorsitzender

Stellv. Vorsitzende

Stellv. Vorsitzender



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Ortsverein Sinsen-Lenkerbeck

Marl, 31. Mai 2017

Antrag:

Mehr Mobilität für alle. Auch für uns in Marl.

Der Stadtparteitag am 01. Juli 2017 möge beschließen:

Der SPD-Stadtverband Marl fordert die neue Landesregierung sowie die heimischen Landtagsabgeordneten auf, darauf einzuwirken, dass der geplante Regionalzug RRX 7 auch in Marl-Sinsen halten wird.

Begründung:

Die rot-grüne Landesregierung hat in der Vergangenheit mehr Geld in den öffentlichen Nahverkehr investiert. Dazu gehört auch die Planung des Rhein-Ruhr-Expresses (RRX). Die Rhein-Ruhr-Express-Zuglinien sollen künftig eine bessere Mobilität im Sinne eines schnelleren Fortkommens und weniger Umsteigens in NRW schaffen. Dies ist grundsätzlich sehr begrüßenswert, da mit einem besseren Angebot, die Menschen auch dazu animiert werden sollten, auf ihr Auto zu verzichten, um stattdessen den ökologischeren, öffentlichen Personennahverkehr zu nutzen.

Allerdings würde das Konzept in seiner aktuellen Form den Menschen in Marl in ihrer Mobilität schaden: Der geplante RRX 7 wird danach den RE 2, der aktuell auch in Marl-Sinsen hält, ersetzen. Allerdings ist es nicht geplant, dass der neue RRX 7 weiterhin in Marl-Sinsen halten wird.

Die Menschen einer Stadt mit einer Einwohnerzahl von über 80.000 haben es verdient, auch direkt an diese Bahnstrecke angebunden zu sein (Düsseldorf - Münster). Weil ein Einsteigen in Recklinghausen von Marl aus zu zeitintensiv wäre, hätte das aktuelle Konzept zur Folge, dass man in Marl-Sinsen nur noch stündlich mit dem Zug fortkommen könnte.

Alleine in Marl gibt es etwa 35.000 Ein- und AuspendlerInnen. Bereits heute nutzen eine Vielzahl von diesen den Zug zur An- und Abreise zu ihrem Arbeitsplatz. Hinzukommen viele Menschen, die gerne in ihrer Freizeit mit dem Zug nach und von Marl-Sinsen aus reisen. Durch ein schlechteres Angebot ist zu befürchten, dass viele Menschen wieder zurück auf das Auto steigen. Dies wäre das Gegenteil der Zielsetzung um den RRX und Menschen ohne Auto würden völlig alternativlos in ihrer Mobilität eingeschränkt.

Indes werden in Kürze der Bahnsteig in Marl-Sinsen sowie die Parkplätze modernisiert und ausgebaut. Um als Stadt Marl nicht in der Mobilität beschnitten zu werden, ist es wichtig, dass der Haltepunkt für den RRX 7 in Sinsen parteiübergreifend gefordert wird.

Eine weitgehende Begründung erfolgt mündlich.

1 **Antrag: Für ein besseres Radwegenetz im und um das Marler Stadtgebiet**

2 **Antragssteller: Jusos Marl**

3 **Für ein besseres Radwegenetz im und um das Marler Stadtgebiet**

4 Der Stadtparteitag am 01.07.2017 möge beschließen:

5 ***Das Radwegenetz im Stadtgebiet zu modernisieren und auszubauen, damit Marl wieder***
6 ***eine fahrradfreundliche Stadt wird.***

7 Wer in Marl öfters mit dem Rad unterwegs ist kennt die Probleme. Es macht größtenteils
8 keinen Spaß in Marl mit dem Rad zu fahren, denn viele Radwege sind in einem schlechten
9 Zustand, sodass man als Radfahrer*in gezwungen ist auf die Straße auszuweichen. Daneben
10 sind an vielen Radwanderwegen die Beschilderungen entweder schlecht zu erkennen oder
11 gar nicht vorhanden. Für auswärtige Radler*innen wird Marl damit schwierig zu durchfahren.
12 Hinweise auf interessante Orte und Sehenswürdigkeiten in der Stadt sind ebenfalls eher
13 Mangelware. Schließlich sind an einigen Stellen Radwege nur auf einer Straßenseite
14 vorhanden, was zu gefährlichen Situationen führen kann.

15 Gerade, dass die Radwege in so einem schlechtem Zustand sind, ist sowohl für jüngere als
16 auch für ältere Radfahrer*innen gefährlich. An vielen Stellen sind die Wege durch Wurzeln
17 beschädigt, was einerseits zu Gefährdungen beim Radfahren und andererseits zu
18 Beschädigungen am eigenen Fahrrad führen kann. Dieses Problem wird noch dadurch
19 verstärkt, dass die asphaltierten Fahrradwege an vielen über das Stadtgebiet verteilten Stellen
20 von zahlreichen Rissen und Schlaglöchern durchzogen sind - teilweise noch stärker als auf
21 regulären Straßen.

22 Für uns JUSOS steht fest: Mobilität hört nicht bei den Bahnpendler*innen und
23 Autofahrer*innen auf, daher fordern wir:

- 24 • *Marl wieder zu einer fahrradfreundlichen Stadt zu machen, indem die bestehenden*
25 *Radwege saniert, modernisiert und ausgebaut werden.*
26
27 • *Eine Überprüfung der bestehenden Radwanderwege in und um Marl sowie eine*
28 *bessere Ausschilderung von Sehenswürdigkeiten, um die Attraktivität Marls auch für*
29 *auswärtige Radler*innen zu steigern.*

31 **Begründung erfolgt mündlich.**

33 Marl, den 09. Juni 2017

35 *Frederik Müller*

Michelle Eileen Doctor

Jan-Stefan Heinemann

36 *Vorsitzender*

Stellv. Vorsitzende

Stellv. Vorsitzender

***Block E: Parteitag des SPD-
Kreisverbandes Recklinghausen
vom 25. November 2017***

1 Der SPD-Kreisverbandsparteitag vom 25.11.2017 möge beschließen:

2

3 **Städte und Gemeinden nachhaltig entlasten - Finanzielle Handlungs-**
4 **fähigkeit sichern!**

5

6 Wir fordern die Bundestagsabgeordneten des Kreises Recklinghausen dazu auf, sich im Bun-
7 destag dafür einzusetzen, dass die Kosten der Unterkunft und Heizung für Personen, die staat-
8 liche Unterstützungsleistungen gemäß SGB II oder SGB VIII beziehen, vollumfänglich vom
9 Bund übernommen werden. Daneben fordern wir die Einrichtung eines Altschuldenfonds auf
10 Bundesebene, aus dem die Tilgung der Zinsen kommunaler Kredite geleistet wird.

11

12 **Begründung:**

13 Der Hauptgeschäftsführer des deutschen Städte- und Gemeindebundes erklärte bezüglich der
14 Sozialausgaben der Kommunen in Deutschland jüngst, dass die Sozialkosten explodierten,
15 sich in der Politik jedoch niemand ernsthaft um dieses Problem kümmern würde. Auch wenn
16 diese Zustandsbeschreibung eindeutig überspitzt und - im Hinblick auf die bereits getroffenen
17 Neuregelungen - wenigstens in Bezug auf die Wahrnehmung der kommunalen Finanzproble-
18 matik auf Bundesebene sicherlich nicht komplett zutreffend ist, stellen die hohen und weiter
19 steigenden Sozialausgaben die Kommunen doch vor große Herausforderungen.

20 Häufig stellen. neben den Personalkosten, gerade die Ausgaben im Sozial-, Jugend- und Ar-
21beitslosenhilfebereich die größten Haushaltsposten der Kommunen dar. Hier ist dringende Ab-
22hilfe geboten, damit die Kommunen nicht immer stärker finanziell belastet werden. Die gezielte
23Entlastung der Kommunen von den Kosten der Unterkunft und Heizung im Geltungsbereich
24des SGB II und SGB VIII durch den Bund, könnte für diese Entlastung sorgen und die akuten
25Probleme der Städte und Gemeinden lindern. Gerade Kommunen, die über eine schlechte
26wirtschaftliche Leistungsfähigkeit bzw. strukturelle Defizite verfügen und in denen häufig eine
27höhere Arbeitslosigkeit besteht als in anderen Städten und Gemeinden, würden von dieser
28Maßnahme profitieren. Dies käme nicht zuletzt auch den Kommunen in unserem Kreis zu
29Gute.

30 Darüber hinaus existiert, trotz der Fortschritte die in vielen Städten und Gemeinden - beispiels-
31weise in NRW durch die Einrichtung des Stärkungspaktes Stadtfinanzen der damaligen rot-
32grünen Landesregierung - erreicht wurden, weiterhin keine nachhaltige Lösung für die kom-
33munale Altverschuldung. Insbesondere ein möglicherweise zukünftig stattfindender Anstieg

34 der Kreditzinssätze, der die Konsolidierungsbemühungen einzelner Kommunen schnell wieder
35 zunichtemachen könnte, stellt eine allgegenwärtige Gefahr für die kommunalen Haushalte dar.

36 Ein auf Bundesebene angesiedelter Altschuldenfonds, der die Kommunen von ihrer Zinsbe-
37 lastung befreit, stellt eine adäquate und nachhaltige Lösungsoption für die Altschuldenproble-
38 matik dar. Durch die Übernahme der Tilgungen kommunaler Kreditzinsen durch den Bund,
39 ergeben sich für die Städte und Gemeinden erweiterte Handlungsspielräume, um einerseits
40 ihre Haushalte weiter zu konsolidieren und andererseits notwendige Investitionen tätigen zu
41 können.

1 Der SPD-Kreisverbandsparteitag vom 25.11.2017 möge beschließen:

3 **Schulsozialarbeit bundesweit verordnen und standardisieren.**

5 Wir fordern die Bundestagsabgeordneten des Kreises Recklinghausen dazu auf, sich im Bun-
6 destag dafür einzusetzen, dass die Schulsozialarbeit im gesamten Bundesgebiet verordnet
7 und einheitliche Qualitäts- und Verfahrensstandards gesetzt werden. Als Grundlage für die
8 Erarbeitung eines Gesetzentwurfs kann der am Ende des Antrags aufgeführte Vorschlag des
9 Wissenschaftlers Dr. Karsten Speck gelten. Ferner fordern wir, dass für die Schulsozialarbei-
10 ter*innen endlich unbefristete Arbeitsverträge geschaffen werden, damit diese nicht mit einer
11 permanenten Befristung ihrer Beschäftigung konfrontiert sind.

13 **Begründung:**

14 Die Schulsozialarbeit stellt ein wichtiges Modell zur individuellen Förderung und Unterstützung
15 von Schüler*innen aus allen gesellschaftlichen Schichten dar und leistet einen bedeutenden
16 Beitrag um gleiche Bildungs- und Teilhabechancen für Alle zu erreichen. In NRW wird hierbei
17 bereits seit Langem sehr gute Arbeit geleistet, bundesweit gesehen kann die Schulsozialarbeit
18 jedoch eher als „Desaster“ bezeichnet werden. Es fehlen einheitliche Regelungen und Defini-
19 tionen, was sowohl die Aufgaben als auch die Ausstattung mit finanziellen Mitteln betrifft. Be-
20 reits im Jahr 2006 hat der Wissenschaftler Dr. Karsten Speck auf diese Thematik hingewiesen,
21 und nachfolgenden Vorschlag für eine feste Gesetzesregelung innerhalb des SGB VIII unter-
22 breitet (Vgl. Speck 2006, 351):

23 § 13a Schulsozialarbeit

24 1.) Jungen Menschen, Erziehungsberechtigten und Lehrer*innen sollen im Rahmen der Ju-
25 gendhilfe die erforderlichen sozialpädagogischen Angebote und Hilfen der Schulsozialarbeit
26 in der Schule zur Verfügung gestellt werden. Schulsozialarbeit soll junge Menschen in ihrer
27 individuellen, sozialen, schulischen und beruflichen Entwicklung fördern, dazu beitragen, Bil-
28 dungsbenachteiligungen zu vermeiden und abzubauen, Erziehungsberechtigte und Lehrer*in-
29 nen bei der Erziehung und dem erzieherischen Kinder- und Jugendschutz beraten und unter-
30 stützen sowie zu einer schülerfreundlichen Umwelt beitragen.

31 2.) Schulsozialarbeit soll durch sozialpädagogische Fachkräfte kontinuierlich und auf einer ver-
32 bindlich vereinbarten und gleichberechtigten Zusammenarbeit mit den Lehrer*innen am Ort
33 Schule stattfinden.

1 3.) Zu den Schwerpunkten der Schulsozialarbeit gehören:

2 1. *Beratung und Begleitung von einzelnen Schüler*innen*

3 2. *Sozialpädagogische Gruppenarbeit*

4 3. *Zusammenarbeit und Beratung der LehrerInnen und Erziehungsberechtigten*

5 4. *Offene Gesprächs-, Kontakt- und Freizeitangebote*

6 5. *Mitwirkung in Unterrichtsprojekten und in schulischen Gremien*

7 6. *Kooperation und Vernetzung mit dem Gemeinwesen*

8 4.) Für die Ausgestaltung der Schulsozialarbeit, soll zwischen den beteiligten Trägern der Ju-
9 gendhilfe und den Lehrer*innen unter Beteiligung der Schüler*innen und ihrer Eltern eine Be-
10 reitschaft zur Zusammenarbeit erzielt, eine Bedarfsanalyse durchgeführt, ein Konzept formu-
11 liert und eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen werden. Diese soll Aussagen zu den
12 konkreten Zielen, Angeboten und Hilfen, Rahmenbedingungen, Kooperationsstrukturen, Ver-
13 antwortlichkeiten sowie zur regelmäßigen Überprüfung enthalten.

14 5.) Das Angebot der Schulsozialarbeit sowie deren Finanzierungsstellen sollen zwischen den
15 Jugendämtern und der Schulverwaltung sowie der Jugendhilfeplanung und der Schulentwick-
16 lungsplanung abgestimmt werden. Schulsozialarbeit ist eine gemeinsame Aufgabe von Ju-
17 gendhilfe und Schule.

1 Der SPD-Kreisverbandsparteitag vom 25.11.2017 möge beschließen:

2

3 **Asylpaket II reformieren – Abschiebestopp für Geflüchtete mit**
4 **Traumafolgeerkrankungen erleichtern!**

5

6 Wir fordern die Bundestagsabgeordneten des Kreises Recklinghausen dazu auf, sich im Bun-
7 destag dafür einzusetzen, dass die Hürden für einen Abschiebestopp bei Geflüchteten mit ei-
8 ner Traumafolgeerkrankung gesenkt werden. PTBS (Posttraumatische Belastungsstörung)
9 und andere Traumafolgeerkrankungen müssen endlich ein gesetzlich verankerter Grund für
10 einen Abschiebestopp für betroffene Personen sein! Diese Forderung betrifft sowohl diejeni-
11 gen Personen, die einen Anspruch auf Asyl gemäß dem Grundgesetz geltend machen, als
12 auch diejenigen, die gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention oder entsprechend der Defini-
13 tion des subsidiären Schutzes nach dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Deutsch-
14 land Schutz ersuchen.

15 Des Weiteren muss die Bedeutung psychologisch-fachlicher Gutachten gestärkt werden. Es
16 kann nicht sein, dass jede/r - auch nicht entsprechend qualifizierter - Arzt/Ärztin ein Gutachten
17 über den psychischen Zustand einer/eines Geflüchteten erstellen darf und ausgebildete
18 Psycholog*innen nur beratend konsultiert werden. Hier muss dafür gesorgt werden, dass aus-
19 schließlich fachlich ausreichend qualifiziertes Personal solche Gutachten erstellen darf. Au-
20 ßerdem sind die gegenwärtig geltenden Fristen zur Erstellung eines Gutachtens auf einen
21 längeren Zeitraum zu erweitern, um fundierte Gutachten vorlegen zu können. Geflüchtete
22 müssen zusätzlich besser über ihre rechtlichen Möglichkeiten eine Ablehnung ihres Gesuches
23 anzufechten aufgeklärt und bei der Beantragung der Gutachten unterstützt werden.

24

25 **Begründung:**

26 Im gegenwärtigen Gesetzestext ist vermerkt, dass in Fällen einer Traumafolgeerkrankung eine
27 Abschiebung grundsätzlich möglich sei, es sei denn, die Abschiebung würde zu einer wesent-
28 lichen Gesundheits- oder Selbstgefährdung für die/den Betroffene/n führen. Eine Traumafol-
29 geerkrankung stellt aber in jedem Fall eine Erkrankung dar, die mit einer nicht unerheblichen
30 Gesundheits- und Selbstgefährdung einhergeht. Betroffene müssen in der Regel in einem si-
31 cheren Umfeld untergebracht und behandelt werden. Sie in Krisengebiete zurückzuschicken,
32 stellt somit keine vertretbare Handlungsoption dar.

***Block F: Vollversammlung des
Juso-Kreisverbandes
Recklinghausen vom 19.07.2018***

Antrag: Chancen für talentierte Mitglieder erhöhen, mehr Gerechtigkeit auch in der Partei erreichen – Multiple Mandate abschaffen
--

Antragssteller*innen: Jusos Marl

1 Die Vollversammlung des Juso-Kreisverbandes Recklinghausen vom 19.07.2018 möge be-
2 schließen:

3 Die Vollversammlung des Juso-Kreisverbandes Recklinghausen vom 19.07.2018 beschließt:

4 **„Chancen für talentierte Mitglieder erhöhen, mehr Gerechtigkeit auch in der Partei er-**
5 **reichen – Multiple Mandate abschaffen“**

6 Die SPD-Stadtverbände im Kreis Recklinghausen verfügen über zahlreiche engagierte Mitglie-
7 der – jung wie erfahren, männlich wie weiblich – die sich in verschiedenen Funktionen und in
8 unterschiedlichen Gremien politisch einbringen, um gemeinsam für sozialdemokratische Ideen
9 und Ziele zu kämpfen. Dabei liegt es in der Natur der Sache, dass die Anzahl der zu verge-
10 benden Posten und Mandate nicht allen talentierten Mitgliedern, die sich in der Partei ein- und
11 sie nach vorne bringen, gerecht werden kann.

12 Umso unverständlicher erscheint es uns vor dem Hintergrund dieser *Knappheit* an Mandaten,
13 welche mit einer größeren Verantwortung einhergehen, die aber auch von Wertschätzung für
14 die geleistete Arbeit einer Person zeugen, die Praxis, dass multiple Mandate (wie das soge-
15 nannte „Doppelmandat“) vergeben werden, also Einzelpersonen mehrere von den Bürger*in-
16 nen (direkt) gewählte Mandate auf sich vereinen und beispielsweise gleichzeitig im Rat einer
17 Stadt, im Kreistag und im NRW-Landtag sitzen.

18 Multiple Mandate sorgen aus unserer Sicht für Ungerechtigkeiten innerhalb unserer Partei und
19 sie verzögern oder blockieren Entwicklungschancen für talentierte Mitglieder. Vorhandenes
20 Potential bleibt hierdurch ungenutzt. Unserer Meinung nach muss es jedoch im Interesse einer
21 starken SPD vor Ort sein, dass ihre Mitglieder eng in die politischen Prozesse einbezogen und
22 damit auch langfristig an die Partei gebunden werden.

23 Aus diesem Grund fordern wir die SPD-Stadtverbände im Kreis Recklinghausen dazu auf:

- 24 • *Die Praxis der Vergabe multipler Mandate aufzugeben, d.h. bei der Aufstellung von*
25 *Kandidat*innenlisten und bei der Wahl von Wahlkreiskandidat*innen darauf zu ach-*
26 *ten nicht ein und dieselbe Person für unterschiedliche Wahlen (Rat, Kreistag, Land-*
27 *tag, Bundestag, Europäisches Parlament) aufzustellen.*

28 Im Verzicht auf multiple Mandatsvergaben sehen wir die Chance, den Einsatz engagierter Mit-
29 glieder unserer Partei zu honorieren, Talente stärker in den politischen Prozess einzubinden
30 und ihnen die Möglichkeit zur Weiterentwicklung zu geben sowie die langfristige Bindung der
31 Mitglieder an die Partei zu sichern und zu verbessern.

32 Die Erneuerung der SPD darf nicht vor unseren gängigen Strukturen und gängigen Abläufen
33 haltmachen. Es muss in unser aller Interesse sein, dass vorhandene Potentiale ausgeschöpft
34 und die Expertise aller Mitglieder genutzt und gefördert wird. Die Vergabe multipler Mandate
35 erscheint uns in diesem Zusammenhang nicht mehr zeitgemäß.

36

37 **Begründung:**

38 Erfolgt mündlich.

39

40 gez.

41

42 *Frederik Müller*

43 *Vorsitzender*

44

45 *Jan-Stefan Heinemann*

Melina Kurowski

Jaqueline Rutke

46 *Stellv. Vorsitzender*

Stellv. Vorsitzende

Stellv. Vorsitzende

Resolution: Abschottung verhindern, Perspektiven schaffen – Für eine menschliche und solidarische Flucht- und Migrationspolitik		
Autor*innen: Jusos Marl		
Angenommen ☐	Abgelehnt ☐	Überwiesen an

1 Der Vorstand des Juso-Kreisverbandes Recklinghausen möge beschließen:

2 Der Vorstand des Juso-Kreisverbandes Recklinghausen beschließt:

3 **Abschottung verhindern, Perspektiven schaffen – Für eine menschliche und solidari-**
4 **sche Flucht- und Migrationspolitik**

5 Nur wenige Themen haben die politische Debatte in Deutschland und der gesamten Europäi-
6 schen Union in den vergangenen Jahren so geprägt wie die Frage nach dem adäquaten Um-
7 gang mit Flucht und Migration. Im Diskurs dominieren seit Jahren vor allem populistische und
8 nationalistische Töne, die einen strikten Kurs gegen Migrant*innen und Geflüchtete fordern,
9 vor einer angeblichen Überforderung der eigenen Gesellschaft durch den Zuzug von Auslän-
10 der*innen warnen und die Verantwortung für Herausforderungen von Migration und Flucht auf
11 angrenzende Staaten und Regionen abschieben.

12 „Die Asylzahlen sinken – die Festung Europa schottet sich ab“ (Conrad, 2017) titelte die Deut-
13 sche Welle in einem Kommentar bereits im Januar 2017. Seither hat sich der Prozess der
14 Abschottung immer weiter fortgesetzt, noch einmal verstärkt durch die Regierungsübernahme
15 durch rechtspopulistische Parteien, wie der Lega Nord in Italien oder durch die Anbiederung
16 christlich-konservativer Parteien mit Populisten, wie in Österreich. Obwohl die Zahlen nach
17 Europa flüchtender Menschen nicht annähernd so hoch liegen, wie noch 2015, wird von Re-
18 gierungschefs in ganz Europa weiterhin der „Untergang des Abendlandes“ beschworen und
19 die Abriegelung der Grenzen sowie das unmittelbare Verhindern von Fluchtversuchen über
20 das Mittelmeer forciert. Eine solidarische europäische Lösung mit einer gleichmäßigen Vertei-
21 lung Geflüchteter auf alle 28 EU-Staaten rückt hierdurch in immer weitere Ferne.

22 Mittlerweile scheint sogar die Rettung schiffbrüchiger Flüchtender eine Straftat zu sein, anders
23 lassen sich die Weigerung europäischer Mittelmeer-Anrainer das Deutsche Seenotrettungs-
24 schiff Lifeline anlegen zu lassen und die Schikane um das mehrmalige Verhören des Kapitäns
25 des Schiffes nicht erklären. Statt den Menschen in Not zu helfen, sie vor dem Ertrinken zu
26 retten und in einen sicheren Hafen auf dem europäischen Festland zu bringen, sollen die Ge-
27 flüchteten lieber zurück nach Libyen gebracht werden, wo sie einer – sogenannten – „Küsten-
28 wache“ übergeben werden, ohne dass jemand genau weiß, was dort mit ihnen passiert.

29 Von der Bundesregierung hörte man indes lange Zeit gar nichts zu all dem. Stattdessen liegen
30 die Unionsparteien wochenlang im Zwist über die richtige Strategie und es wird offen mit Ko-
31 alitionsbruch und Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft CDU/CSU gedroht. Nach langem
32 Hin und Her haben sich die Unionsparteien nun aber doch auf einen „Asylkompromiss“ geei-
33 nigt, der die bestehenden Probleme mit einem kleinen bisschen Abschottung hier, einer Prise
34 Einpferchen von Geflüchteten in zentralen Einrichtungen da und einem vermeintlich europäi-
35 schen Anstrich lösen soll.

36 Während sich die AfD bereits die Hände reibt, da die „Altparteien“ endlich auf sie gehört hätten
37 und Merkel wie Seehofer versuchen, den Kompromiss als ultimative Lösung und großen Wurf
38 darzustellen, hat die SPD vollkommen zurecht Bedenken angemeldet und ihre eigenen 5-
39 Punkte-Plan vorgelegt. Allerdings gehen uns auch die dort genannten Aspekte eindeutig nicht
40 weit genug.

Resolution: Abschottung verhindern, Perspektiven schaffen – Für eine menschliche und solidarische Flucht- und Migrationspolitik		
Autor*innen: Jusos Marl		
Angenommen ☐	Abgelehnt ☐	Überwiesen an

Flucht- und Migrationspolitik muss menschenwürdig, gerecht und gesamteuropäisch sein. Sie muss den Menschen Perspektiven bieten, sowohl dafür, dass sie in Europa bleiben können, als auch dafür, dass sie gar nicht erst aus ihrem Land flüchten müssen. Wir fordern die Bundesregierung, insbesondere die mit-regierungstragende SPD-Fraktion dazu auf, eine solche Politik in Deutschland zu verwirklichen und auch auf europäischer Ebene und im Dialog mit den anderen Mitgliedsstaaten durchzusetzen.

Maßgeblich für eine gute Flucht- und Migrationspolitik, die dem Anspruch den Menschen Perspektiven bieten und ein würdiges Leben zu ermöglichen sind folgende Punkte:

- 1. Die menschenwürdige Behandlung aller Geflüchteten, die nach Europa kommen, sowohl in den Erstaufnahmeeinrichtungen, als auch in sonstigen Unterkünften.*
- 2. Der Verzicht auf Anker-/Transitzentren oder anderweitige lagerähnliche Einrichtungen an den deutschen und europäischen (Außen-)Grenzen sowie in den Staaten Nordafrikas und/oder des Nahen Ostens.*
- 3. Die Unterstützung von Staaten, die im besonderen Maße mit den Herausforderungen von Flucht und Migration konfrontiert sind, etwa an der Peripherie der EU (Spanien, Italien, Malta, Griechenland) oder im Nahen Osten.*
- 4. Einheitliche Standards der Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten in der gesamten EU sowie in Staaten, mit denen die EU oder ihre Mitgliedsstaaten Abkommen über die Aufnahme, Rücknahme oder sonstige Behandlung von Geflüchteten geschlossen haben, um eine menschenwürdige Behandlung in allen Ländern zu gewährleisten.*
- 5. Ein einheitliches europäisches Asylsystem, dass die gleichwertige, gerechte und zügige Bearbeitung von Asylanträgen in allen EU-Staaten sicherstellt.*
- 6. Die Abschaffung der geltenden Dublin-Bestimmungen, um eine gerechte Verteilung der Verantwortung für Geflüchtete in der EU auf alle Mitgliedsstaaten zu forcieren und zu legitimieren.*
- 7. Die Reaktivierung der offiziellen Seenotrettung im Mittelmeer, analog zur Operation Mare Nostrum, in Zusammenarbeit mit NGOs und eine Entkriminalisierung der Seenotrettung.*
- 8. Der Verzicht auf die Zusammenarbeit mit sogenannten „Küstenwachen“ politisch-instabiler Mittelmeer-Anrainerstaaten (insb. Libyen) sowie mit paramilitärischen oder sonstigen Gruppen, die die Küsten entlang des Mittelmeeres schützen sollen.*
- 9. Die Schaffung anerkannter und gesicherter Flucht- und Migrationsrouten, um Flüchtenden und Migrant*innen einen geschützten Transit zu ermöglichen und Flucht- und Migrationsbewegungen besser zu steuern.*
- 10. Die Bekämpfung von Fluchtursachen, etwa durch gezieltere und projektbasierte Entwicklungshilfe sowie stärkeres politisches, diplomatisches und humanitäres Engagement der EU und ihrer Partner*innen in globalem Krisenherden.*
- 11. Die Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes, um Migration aus wirtschaftlichen Gründen zu vereinfachen und besser zu steuern sowie um legale Möglichkeiten der Einwanderung nach Deutschland für Nicht-EU-Ausländer*innen, abseits der sogenannten „Blue Card“, zu schaffen.*

Resolution: Abschottung verhindern, Perspektiven schaffen – Für eine menschliche und solidarische Flucht- und Migrationspolitik		
Autor*innen: Jusos Marl		
Angenommen ☐	Abgelehnt ☐	Überwiesen an

83 Wir fordern darüber hinaus die Bundestagsabgeordneten des Kreises Recklinghausen dazu
84 auf, sich für unsere oben genannten Punkte in der SPD-Bundestagsfraktion einzusetzen.

85

86 **Begründung:**

87 Erfolgt mündlich.

88

89 gez.

90

91 *Frederik Müller*

92 *Vorsitzender*

93

94 *Jan-Stefan Heinemann*

Melina Kurowski

Jaqueline Rutke

95 *Stellv. Vorsitzender*

Stellv. Vorsitzende

Stellv. Vorsitzende

***Block G: Vollversammlung des
Juso-Stadtverbandes Marl vom
24.10.2018***

Antrag: Raus aus der GroKo – Der SPD wieder ein Profil geben		
AntragstellerIn: Frederik Müller, Jaqueline Nickholz, Jan-Stefan Heinemann		
Angenommen ☐	Abgelehnt ☐	Überwiesen an:

1 Die Vollversammlung der Jusos Marl vom 24.10.2018 möge beschließen:

2 Die Vollversammlung der Jusos Marl vom 24.10.2018 beschließt:

3 **„Raus aus der GroKo – Der SPD wieder ein Profil geben“**

4 9,7% der Zweitstimmen. Das schlechteste Wahlergebnis der Bayern SPD aller Zeiten. Ein
5 Weckruf, nicht nur für die Genos*innen in Bayern, sondern auch für alle anderen Sozialdemo-
6 krat*innen, denn der Grund für das miserable Wahlergebnis liegt in weiten Teilen in Berlin und
7 in der Bundespolitik begründet. Die GroKo zieht einfach nicht und die Menschen – das zeigen
8 Umfragen ganz deutlich – sind mit der Politik der Regierung Merkel unzufrieden. Das schlägt
9 sich nicht allein bei der Union in Wahlniederlagen nieder, sondern hat auch der SPD in Um-
10 fragen und bei Wahlen einen Negativrekord nach dem anderen beschert.

11 Auch die so oft versprochene Erneuerung der Partei kommt nicht oder wenigstens nur sehr
12 schleppend voran. Anstatt, dass die SPD ihre gesetzten inhaltlichen Akzente erfolgreich ver-
13 kauft, werden zentrale sozialdemokratische Themen in der Bevölkerung entweder gar nicht
14 wahrgenommen oder sie werden als Randnotizen abgetan. Damit ist die nächste Wahl-
15 schlappe für die SPD vorprogrammiert!

16 Für uns ist klar: Es reicht! Eine Regierung, in der die Sachpolitik dem Streit zwischen den
17 Unionsparteien geopfert wird, können wir nicht weiter mittragen. Eine Regierung, in der die so
18 drängenden gesellschaftlichen Fragen nicht angegangen werden, können wir nicht weiter mit-
19 tragen. Die SPD muss die Reißleine ziehen! Wir erneuern daher unser Nein zur GroKo und
20 fordern:

- 21 • *Die SPD nutzt die im Koalitionsvertrag verankerte Revisionsklausel, um zur Mitte der*
22 *aktuellen Legislaturperiode – also kommendes Jahr – die große Koalition zu beenden.*
23 *Nur in der Opposition kann die SPD wieder ein eigenständiges Profil gewinnen und die*
24 *so wichtige Abgrenzung von der Union verwirklichen.*
- 25 • *Die SPD muss in der Opposition wieder mehr Kapitalismuskritik wagen und eine Vision*
26 *vom Sozialstaat der Zukunft, der allen Menschen ein gutes Leben ermöglicht, entwi-*
27 *ckeln. Die von Andrea Nahles angekündigte Abkehr von der Politik der Agenda 2010*
28 *gibt den Startschuss für einen längst überfälligen Prozess der Re-Sozialdemokratisie-*
29 *rung unserer Partei.*

30 Simone Lange hat mit ihrem kürzlich veröffentlichten Buch: „Mehr Sozialdemokratie wagen“
31 eine Botschaft formuliert, die für uns alle Auftrag und Antrieb zugleich sein muss. Die Sozial-
32 demokratie wird heute mehr gebraucht denn je – aber nicht als Steigbügelhalter einer Unions-
33 geführten Bundesregierung des Streits und des Aussitzens von Problemen – sondern als Mo-
34 tor visionärer, progressiver und problemlösender Politik.

Antrag: Raus aus der GroKo – Der SPD wieder ein Profil geben		
AntragstellerIn: Frederik Müller, Jaqueline Nickholz, Jan-Stefan Heinemann		
Angenommen ☐	Abgelehnt ☐	Überwiesen an:

35 **Begründung erfolgt mündlich.**

36

37 Marl, den 20. Oktober 2018

38

39 *Frederik Müller* *Jaqueline Nickholz* *Jan-Stefan Heineman*

40 *Vorsitzender* *Stellv. Vorsitzende* *Stellv. Vorsitzender*